

Ressort: Politik

EU-Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen ein

Brüssel, 29.07.2017, 12:41 Uhr

GDN - Die EU-Kommission hat wegen der umstrittenen Justizreform in Polen ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. "Die Hauptbedenken der Kommission bei diesem Gesetz betreffen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, da für Richterinnen und Richter ein unterschiedliches Rentenalter (60 Jahre für Frauen und 65 Jahre für Männer) festgelegt wird", heißt es in der am Samstag veröffentlichten Mitteilung der Brüsseler Behörde.

Zudem äußert die Kommission Bedenken "hinsichtlich der Unabhängigkeit der polnischen Gerichte": Diese werde dadurch untergraben, dass der Justizminister das Recht erhalte, die Amtszeit von Richtern, die das Ruhestandsalter erreicht haben, nach eigenem Ermessen zu verlängern sowie Gerichtspräsidenten zu entlassen und zu ernennen. Die neuen Vorschriften geben dem Justizminister nach Einschätzung der EU-Kommission die Möglichkeit, Einfluss auf einzelne Richter zu nehmen. Die polnische Regierung wurde aufgefordert, innerhalb eines Monats zu reagieren.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-92640/eu-kommission-leitet-vertragsverletzungsverfahren-gegen-polen-ein.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com